



NATIONALPARK

Gerüchteküche um weitere Kahlschläge



Foto: Hilgers

Von Klaus Pesch

Derzeit machen Befürchtungen die Runde, bis zum Jahr 2020 müssten bis zu 48 Prozent der Nationalpark-Fläche von nicht standortgerechten Baumbeständen gesäubert werden. Hintergrund ist eine dann anstehende Zertifizierung des Nationalparks.

„Es gibt da eine Gerüchteküche und Verängstigung in der Bevölkerung, die man ernst nehmen und auflösen muss“, sagte gestern Margareta Ritter, Bürgermeisterin von Monschau und derzeit turnusmäßig Vorsitzende im kommunalen

Nationalparkausschuss, der Rundschau. Derzeit machen nämlich

Befürchtungen die Runde, bis zum Jahr 2020 müssten bis zu 48 Prozent der Nationalpark-Fläche von nicht standortgerechten Baumbeständen gesäubert werden. Hintergrund sei eine dann anstehende Zertifizierung des Nationalparks (siehe Kasten). Erfülle dieser bis dahin nicht alle erforderlichen Bedingungen, drohe sogar die Rückzahlung von Fördergeld.

Große Sorgen macht sich derzeit Ingenieur Andreas Streckert, der auch Vorsitzender des CDU-Ortsverbands Gemünd ist. Auch nach seinem Kenntnisstand seien bis zum Jahr 2020 großflächige Rodungen geplant, sagte er der Rundschau.

Gemeinsam mit seiner Frau sei er vor vier Wochen einmal rund um Wolfgarten gewandert. „Da hat mich der Zacken getroffen“, kommentiert er seine Beobachtungen: Im Herbst und Winter seien dort wohl weit über fünf Hektar entfernt worden. Etliche Zeugen hätten gesehen, wie Firmen mit Harvestern in den Wald hineingefahren und „wie die Wilden“ im Zweischichten-Betrieb geerntet hätten. „Die Verschwiegenheit, mit der solche Kahlschläge durchgeführt werden, macht mich stutzig“, sagte Streckert. Der Wolfgartener Bevölkerung lägen auch Luftbildaufnahmen über das Ausmaß der Rodungen vor. Außerdem habe er gesehen, dass bereits weitere Fichtenbestände

angezeichnet worden seien.

„Ich habe eins und eins zusammengezählt“, sagte Streckert. Für Donnerstag kommender Woche hat er daher in Wolfgarten für 14 Uhr zu einer Ortsbegehung eingeladen. Mit dabei sein werde CDU-MdL Rolf Seel. Außerdem habe er MdL Rainer Deppe (CDU), der auch Vorsitzender des Kölner Regionalrates ist, zu dem Termin gebeten. Sein Wunsch, auch Schleidens Bürgermeister Udo Meister (FDP) möge sich vor Ort die Situation anschauen, sei jedoch abschlägig beschieden worden. „Meister wollte wegen des derzeitigen Kommunalwahlkampfes an dieser Veranstaltung nicht teilnehmen“, sagte Streckert. Er hatte auch mit Margareta Ritter gesprochen, die ihn auf die Internetseiten des Nationalparks verwiesen habe. Dort lässt sich auch eine Karte zum Nationalparkplan aufrufen, auf der etliche Flächen als „Zone IB (nach kurz- / mittelfristigen Maßnahmen ohne Management)“ klassifiziert sind.

Streckert will Ritter dahingehend verstanden haben, dass diese Bereiche zur Disposition stehen. „Da hat mich der Blitz getroffen“, sagte er gestern.

Die entsprechenden Bereiche würden also, so verstand Streckert die Aussagen, größtenteils kahlgeschlagen. „Deshalb bin ich sehr echauffiert und von der Nationalparkverwaltung erhält man nur ausweichende Antworten“, sagte er gestern.

Pressesprecher Michael Blaschke vom Landesbetrieb Wald und Holz NRW hatte gestern ferienbedingt Mühe, kompetente Gesprächspartner zum Thema zu finden. Antworten auf kritische Fragen gab es daher noch nicht. Die Informationen würden aber nachgeliefert, versprach er. Definitiv könne er aber schon jetzt versprechen, dass es in Zukunft keine größeren Kahlschläge über 0,4 Hektar mehr geben werde.

Die Zukunft des Nationalparks

Gehöriges Misstrauen schlägt derzeit offenbar der Nationalparkverwaltung und dem Umweltministerium NRW entgegen. Nachdem vor einigen Monaten ein ARD-Beitrag über einen acht Hektar großen Kahlschlag im Nationalpark und die Schwierigkeiten des Landes NRW, vertraglich zugesicherte Holzlieferungen zu bedienen, viel Aufsehen erregt hatte, traut man Nationalparkverwaltung und Land offenbar einiges zu.

Ein Kritiker, der derzeit nicht genannt werden will, in der Sache aber intensiv recherchiert hat, argwöhnt Schlimmes. Er glaubt, dass die Nationalparkverwaltung und das Düsseldorfer Umweltministerium unter Zeitdruck geraten könnten. Denn bis zum Jahr 2020 stehe eine EU-Zertifizierung an. Eine Vermutung, die gestern von mehreren Personen geteilt wurde.

Bis dahin, so die Auguren, müssten Auflagen bezüglich standortgerechter Baumarten erfüllt sein. Sei dies nicht der Fall, müsste möglicherweise Fördergeld wieder zurückgezahlt werden. Monschaus Bürgermeisterin Margareta Ritter, derzeit Vorsitzende des Nationalparkausschusses, sagte der Rundschau jedoch, von einer anstehenden Evaluierung des Labels „Nationalpark“ im Jahr 2020 sei ihr nichts bekannt.

Margareta Ritter: „Es ist aber vollkommen richtig, dass der Nationalpark eine Europark-Zertifizierung bekommen möchte.“ Diesen Wunsch hätten die Verantwortlichen aber auch immer wieder transparent gemacht.

Natürlich könne man der Ansicht sein, im Nationalpark dürfe gar nichts geschehen. „Man kann die Haltung vertreten: Lassen wir doch abwarten, bis ein Urwald da ist, dann hat die fünfte Generation nach uns etwas davon.“ Das wäre der Fall, wenn es zum derzeitigen Zeitpunkt keine menschliche Einwirkung auf den Nationalpark gebe.

Mit Zustimmung aller Beteiligten sei jedoch bereits im Jahr 2006 beschlossen worden, einen „Prozessschutz“ innerhalb von 30 Jahren zu erreichen. Erst nach diesem langen Zeitraum würde dann nicht mehr von Menschenhand in die Ökologie des Nationalpark-Waldes eingegriffen. (pe)

Artikel URL: <http://www.rundschau-online.de/eifelland/nationalpark-geruechtekueche-um-weitere-kahlschlaege,16064602,26857052.html>

Copyright © Kölnische Rundschau